

Medienmitteilung

Mittwoch, 16. April 2008

Bewährten bilateralen Weg weiterführen

Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage der Wirtschaftsdachverbände economiesuisse, Schweizerischer Arbeitgeberverband und Schweizerischer Gewerbeverband

Der bilaterale Weg der Schweiz mit der EU hat sich über alle Branchen und Landesteile hinweg vielfach bewährt. Das bestätigen die Ergebnisse einer repräsentativen Mitglieder-Umfrage der Wirtschaftsdachverbände economiesuisse, Schweizerischer Arbeitgeberverband und Schweizerischer Gewerbeverband. Die Wirtschaft steht klar hinter der Weiterführung und Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens. Die geltenden flankierenden Massnahmen gegen Lohn- und Sozialdumping haben sich bewährt. Einen weiteren Ausbau der flankierenden Massnahmen lehnt die Wirtschaft ab.

Die Wirtschaft steht geschlossen hinter dem bewährten bilateralen Weg Schweiz - EU. Die Erfahrungen der Unternehmen mit dem Freihandelsabkommen und den Bilateralen Abkommen sind durchwegs positiv. Sie bilden eine unverzichtbare Basis für die Beziehungen zu unserem wichtigsten Wirtschaftspartner EU und damit für unseren Wohlstand. Die Ergebnisse der Mitglieder-Umfrage sind für Pascal Ginetta keine Überraschung. „Sie sind bemerkenswert klar, kohärent und homogen“, hält der economiesuisse-Direktor fest. economiesuisse werde sich deshalb mit Entschlossenheit auch in Zukunft für diesen Weg einsetzen.

Das Abkommen über die Personenfreizügigkeit hat für die Befragten eine besondere Bedeutung innerhalb des bilateralen Vertragswerks. Branchenübergreifend melden die Unternehmen, dass die erweiterten Rekrutierungsmöglichkeiten für die erfolgreiche Entwicklung der Unternehmen entscheidend sind. Darüber hinaus ist die Öffnung des europäischen Arbeitsmarktes auch für schweizerische Arbeitskräfte und für international aktive Unternehmen nutzbringend. Die vor Einführung der Freizügigkeit geäusserten Befürchtungen von Masseneinwanderung und Lohndumping haben sich allesamt nicht bewahrt und sind auch bei der Erweiterung auf Bulgarien und Rumänien unbegründet. Thomas Daum, Direktor des Schweizerischen Arbeitgeberverbands stellt klar: „Die Wirtschaft unterstützt die Ausdehnung des freien Personenverkehrs auf Rumänien und Bulgarien, insbesondere um den Fortbestand der Bilateralen I zu sichern.“ Denn ein Nein zur Ausdehnung würde die gesamten Bilateralen I gefährden.

Auch für Klein- und Mittelbetriebe (KMU) ist das Freizügigkeitsabkommen eine Chance, wie Pierre Triponez, Direktor des Schweizerischen Gewerbeverbands betont. Die Ausdehnung des Abkommens sichert den KMU den Zugang zu 490 Millionen Konsumenten im europäischen Umland. Die flankierenden Massnahmen und die zehnjährigen Übergangsfristen gewährleisten eine schrittweise, kontrollierte Öffnung des Arbeitsmarktes. Genauso wie der Arbeitgeberverband lehnt auch das Gewerbe zusätzliche flankierende Massnahmen ab. „Denn ein flexibler Arbeitsmarkt ist für unser Land ein grundlegender Standortvorteil“ unterstreicht Triponez.

Rückfragen:

Pascal Gentinetta, economiesuisse, Telefon 044 421 35 35

Thomas Daum, Schweizerischer Arbeitgeberverband, Telefon 044 421 17 31

Pierre Triponez, Schweizerischer Gewerbeverband, Telefon 031 380 14 14